

Bundestagswahl 2021

WAHLPRÜFSTEINE DER REPRÄSENTANZ TRANSPARENTE GEBÄUDEHÜLLE

Die Repräsentanz Transparente Gebäudehülle (RTG) vertritt die Branchen Glas, Fenster, Fassaden, Gebäudeautomation sowie Sonnenschutz. Träger sind der Bundesverband Flachglas, die Industrievereinigung Rollläden Sonnenschutz Automation, der Verband Fenster + Fassade sowie die Unternehmen Somfy, Velux und Warema. Die RTG unterstützt das Ziel eines klimaneutralen Gebäudesektors ebenso wie eine ambitionierte und ausgewogene Politik zu dessen Erreichung. Sie ist Impulsgeber und Dialogpartner für alle Politikakteure und Stakeholder, die die bau- und energiepolitischen Rahmenbedingungen gestalten.

Aus Sicht der Repräsentanz wird sich bereits in der kommenden Legislaturperiode entscheiden, ob die im Klimaschutzgesetz angestrebte CO₂-Reduktion im Gebäudesektor – minus 45 Prozent bis 2030 – erreichbar bleibt. Die Wahlprüfsteine sollen zeigen, ob die Wahlprogramme der Parteien die Dringlichkeit der Situation und geeignete politische Instrumente und Strategien für einen schnellen und wirksamen Klimaschutz im Gebäudesektor benennen.

RENOVIERUNGSWELLE JETZT ANSCHIEBEN

Der Handlungsdruck im Gebäudebereich ist enorm: Nur noch 67 Millionen Tonnen CO₂ darf der Gebäudesektor im Jahr 2030 ausstoßen, was in den kommenden acht Jahren eine Reduktion um 45 Prozent erforderlich macht. Ein späteres Aufholen von Klimaschutzmaßnahmen ist aufgrund der langen Planungsphasen und Investitionszyklen und der begrenzten Kapazitäten nicht möglich.

Die Repräsentanz sieht – ebenso wie die EU-Kommission – in einer Renovierungswelle, die umgehend starten und stetig anwachsen muss, die einzige Möglichkeit, die Klimaziele für den Gebäudesektor zu erreichen. Mit der derzeitigen Sanierungsrate von etwa einem Prozent pro Jahr bleiben die Klimaziele unerreichbar. Ein Anwachsen auf etwa zwei Prozent innerhalb weniger Jahre ist nötig. Die dafür erforderliche Veränderungsdynamik in Nachfrage und Angebot braucht ein klares Bewusstsein für die Größe und Dringlichkeit der Herausforderung und die Gleichwertigkeit von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien.

POSITIONEN DER PARTEIEN

UNION	CDU	SPD	SPD	GRÜNE	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE	DIE LINKE.	FDP	Freie Demokraten FDP
<ul style="list-style-type: none"> »Die energetische Sanierung unseres Gebäudebestands ist ein Muss. Nur so können wir die Klimaziele erreichen.« 	<ul style="list-style-type: none"> »Mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien müssen wir Energie zugleich effizienter nutzen. Wir werden die Energieeffizienzziele und -standards weiterentwickeln.« »Wir brauchen deshalb ein Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus der erneuerbaren Energien. Dafür müssen jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden: Beim Ausbau der erneuerbaren Energien und [...] der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen.« 	<ul style="list-style-type: none"> »Die Energierevolution: erneuerbar heizen, wohnen, wirtschaften« »Auch in einer Welt der Erneuerbaren ist Energie ein wertvolles Gut, mit dem wir sparsam und effizient umgehen müssen. [...] Unser Ziel sind Gebäude, die gut gedämmt sind [...]« »Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden« »Es ist höchste Zeit, dass alle Neubauten und Bauwerke inklusive der Baustoffe im gesamten Lebenszyklus klimaneutral geplant werden und entsprechend umfassende energetische Sanierungen erfolgen.« 	<ul style="list-style-type: none"> »Der Klimaschutz bei Gebäuden ist entscheidend: Hier wird ein großer Teil der Treibhausgase verursacht.« »Die Sanierungsquote muss mindestens verdreifacht werden [...]« 	<ul style="list-style-type: none"> Energiewende soll ein ganzheitliches System sein, in dem es nicht nur um Strom geht, sondern auch um Wärme und Kälte für Gebäude, Industrieprozesse sowie Kraftstoffe für den Verkehr. Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft, unter anderem für den Einsatz zur Heizung der Gebäude. 					

BEWERTUNG DER RTG

UNION	CDU	SPD	SPD	GRÜNE	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE	DIE LINKE.	FDP	Freie Demokraten FDP
<ul style="list-style-type: none">Die Bedeutung der energetischen Sanierung des Gebäudebestands für die Erreichung der Klimaziele wird betont. Jedoch werden die Dringlichkeit und das Ausmaß der benötigten Renovierungswelle nicht dargestellt.		<ul style="list-style-type: none">Energieeffizienz wird als wichtig und dringlich eingestuft, jedoch eher dem Ausbau der erneuerbaren Energie untergeordnet. Das Ausmaß der benötigten Renovierungswelle wird nicht dargestellt.		<ul style="list-style-type: none">Sowohl die Relevanz als auch die Dringlichkeit und das Ausmaß der benötigten Renovierungswelle werden anerkannt. Allerdings betont das Wahlprogramm erneuerbare Energien stärker als Energieeffizienz.		<ul style="list-style-type: none">Sowohl die Notwendigkeit als auch das Ausmaß der benötigten Renovierungswelle werden anerkannt. Die Dringlichkeit wird nicht klar benannt.		<ul style="list-style-type: none">Das Programm thematisiert den Klimaschutz im Gebäudesektor, geht jedoch nicht auf die Bedeutung der benötigten Renovierungswelle, ihre Dringlichkeit und ihr besonderes Ausmaß ein. Energieversorgung hat einen höheren Stellenwert als Effizienz.	

FÖRDERUNG

Wahlprüfstein 2

VERSTETIGEN, AUSBAUEN UND KLIMANEUTRAL AUSRICHTEN

Staatliche Förderung der energetischen Sanierung ist – zusammen mit einem wirksamen CO₂-Preis bzw. Emissionshandel und einem möglichst schlanken, aber zielführenden Ordnungsrecht – eine der drei tragenden Säulen der Energiepolitik im Gebäudesektor.

Um sowohl Nachfrage konstant anzureizen als auch Anbietern die nötige Sicherheit für den Ausbau ihrer Kapazitäten zu geben, sollten die staatliche Förderprogramme verstetigt und auf mindestens zehn Jahre gesichert werden. Des Weiteren ist eine deutliche Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten notwendig, um die Sanierungstätigkeit der Wohnungswirtschaft und in Gewerbeimmobilien anzureizen.

Ergänzend geht es jedoch auch darum, die Förderung zielführender auszugestalten. Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel: Zukünftig sollten gezielt Gebäudesanierungen bzw. Einzelmaßnahmen gefördert werden, die das Ziel eines klimaneutralen Gebäudes erreichen oder dafür geeignet sind. Mehrfachsanierungen der gleichen Bauteile und damit unnötiger Ressourceneinsatz (Kosten und Personal) lassen sich so weitgehend vermeiden. Fördernehmer und Staat gewinnen die Sicherheit, dass geförderte Sanierungen in jedem Fall für das Ziel „Klimaneutralität“ ausreichend bzw. geeignet sind. Zudem sollte eine klimaneutrale Gebäudehülle gesondert von einer klimaneutralen Gebäudetechnik hoch gefördert werden. Das macht energetische Sanierungen attraktiver und ermöglicht eine flexiblere Nutzung der Förderprogramme.

POSITIONEN DER PARTEIEN

UNION	CDU	SPD	SPD	GRÜNE	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE	DIE LINKE.	FDP	Freie Demokraten FDP
<ul style="list-style-type: none"> ▪ KfW-Förderprogramme attraktiver gestalten ▪ Ausweitung der Steuerförderung auf vermietete Immobilien und Gewerbeimmobilien ▪ schnellere Abschreibung für gewerbliche Investitionen in Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung 				<p>Weiterentwicklung der Förderung:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterentwicklung der KfW-Förderprogramme ▪ »Klimawohngeld« ▪ Steuervergünstigungen, kostenlose Beratung, Förderprogramme für Hausbesitzer*innen durch ein Aktionsprogramm Faire Wärme ▪ Investitionsprogramm für Wärmepumpen, Nahwärme, Fernwärme 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau von sozial gerechten Förderprogrammen ▪ Ausrichtung der Förderkulisse auf ein Sofortprogramm klimagerechte und sozialverträgliche Erneuerung von Siedlungsbauten der Nachkriegszeit ▪ Aufstockung der laufenden KfW-Programme auf dauerhaft mindestens 10 Milliarden Euro jährlich plus zusätzlich 5 Milliarden Euro pro Jahr ▪ Förderung nachhaltiger Baumaterialien 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verbesserung der Möglichkeiten zur Abschreibung für Wohnungsbauinvestitionen ▪ Erhöhung der linearen Abschreibung von zwei auf drei Prozent 	

BEWERTUNG DER RTG

UNION	CDU	SPD	SPD	GRÜNE	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE	DIE LINKE.	FDP	Freie Demokraten FDP
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zum Ausbau der Förderung werden wichtige Maßnahmen genannt. Fortführung der Förderung wird ebenfalls genannt, jedoch fehlt die langfristige Perspektive. 		<p>Keine Aussagen im Wahlprogramm. RTG hat dazu eine Anfrage an die SPD gestellt.</p>		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eine Reihe wichtiger Maßnahmen zum Ausbau der Förderung. Langfristige Sicherstellung der Fördermittel nicht thematisiert. Gezielte Lösungen für Gewerbeimmobilien werden nicht genannt. Keine Aussagen zu einer neuen, zielführenden Ausrichtung der Förderung. 		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fördermittel sollen ausgebaut und langfristig sichergestellt werden. Fokus der Förderung wird auf energetisch schlechte Gebäude gelegt. ▪ Keine gezielten Lösungen für Gewerbeimmobilien. 		<p>Programm geht nur auf Verbesserung der steuerlichen Förderung ein.</p> <p>Unklar: Perspektive der bisherigen Förderung. RTG hat dazu eine Anfrage an die FDP gestellt.</p>	

BEI RICHTIGER UMSETZUNG WIRKSAM UND ZIELFÜHREND

Die RTG erachtet die von der EU-Kommission in der Renovation Wave Strategy vorgeschlagenen Mindestanforderungen an den Energieeffizienzstandard von Bestandsgebäuden als zielführend. Diese würden zu einer zügigen Sanierung insbesondere der energetisch schlechtesten Gebäude führen und damit erhebliche CO₂-Reduktionen mobilisieren. Allerdings sind sie mit Blick auf die gesellschaftliche Akzeptanz sorgsam auszugestalten und mit einer passgenauen Förderung zu verbinden.

Aber auch die heutigen gesetzlichen Anforderungen an Neubauten benötigen dringend einer Anpassung: Sie müssen sicherstellen, dass sie das Ziel der Klimaneutralität erreichen.

Schließlich soll aus Sicht der RTG eine Verpflichtung für den individuellen Sanierungsfahrplan (iSFP) bei Förderung und bei Eigentümerwechsel eingeführt werden. In Kombination mit der oben genannten Ausrichtung auf Klimaneutralität bei Förderung, soll das sicherstellen, dass nur die für die Klimaneutralität am Ende ausreichenden Einzelmaßnahmen bzw. umfassende Sanierungen durchgeführt werden.

POSITIONEN DER PARTEIEN

UNION	CDU	SPD	SPD	GRÜNE	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE	DIE LINKE.	FDP	Freie Demokraten FDP
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fokus auf marktwirtschaftliche Instrumente, »auf Anreize statt auf Verbote, auf Innovationen und Wettbewerb« ▪ Gebäude energetisch sanieren: »Wir nehmen die Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht.« 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ »Wir werden die Energieeffizienzziele und -standards weiterentwickeln.« 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung hoher Baustandards (Neubauten KfW 40, Sanierung KfW 55, Ausnahme Denkmalschutz) ▪ Verpflichtende iSFP-Erstellung beim jedem Eigentümerwechsel ▪ Begrenzung der Sanierungskostenumlage auf Mieter, Drittelmodell bei Kosten (Staat/Eigentümer/Mieter) ▪ »Unser Ziel sind Gebäude, die gut gedämmt sind [...]. Dafür machen wir klare ordnungsrechtliche Vorgaben.« 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Modernisierungumlage abschaffen ▪ Bundesweiter Klima-Check aller Gebäude bis 2025 ▪ Gesetzliche Anhebung von Neubaustandards auf KfW 40 ▪ Verbindliche Stufenpläne mit Energieeffizienzniveaus, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt flexibel zu erreichen sind 	<p>»Bauen günstiger machen«:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Einführung Baukosten-TÜV, der neue Regelungen auf ihre Kosten für Bauen und Wohnen ermittelt ▪ Ziel, kostenverursachende Normen zu vermeiden und bestehende kostensteigernde Regelungen kritisch zu überprüfen und ggf. anzupassen ▪ Minimale Umsetzung der EU-Richtlinien 					

BEWERTUNG DER RTG

UNION	CDU	SPD	SPD	GRÜNE	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE	DIE LINKE.	FDP	Freie Demokraten FDP
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eine generelle Absage an Ordnungsrecht ist vor dem Hintergrund des Handlungsdrucks im Gebäudesektor nicht zielführend. <p>Unklar ist, ob dies auch für Mindestanforderungen gilt. Was bedeutet »Wohnungsbau-gesellschaften in die Pflicht nehmen?« Die RTG hat dazu eine Anfrage an die Union gestellt.</p>	<p>Keine konkrete Aussage im Wahlprogramm. RTG hat dazu eine Anfrage an die SPD gestellt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bessere Baustandards für Neubau und verpflichtender iSFP-Einsatz sowie grundsätzliche Befürwortung sinnvoller ordnungsrechtlicher Instrumente enthalten. Keine Aussage zu Mindeststandards für den Energieeffizienzstandard von Bestandsgebäuden. <p>RTG hat dazu eine Anfrage an Die Grünen gestellt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einzelne sinnvolle Maßnahmen sind genannt, jedoch zum Teil noch schwer verständlich (z. B. verbindliche Stufenpläne mit flexibel zu erreichenden Energieeffizienzniveaus). <p>RTG hat dazu eine Anfrage an Die Linke gestellt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Keine Aussagen zu ordnungsrechtlichen Instrumenten für energieeffizientes Bauen/Sanieren, tendenziell eher Abbau bestehender Instrumente. Position bleibt jedoch unklar. <p>RTG hat dazu eine Anfrage an die FDP gestellt.</p>					

CO₂-PREIS IM GEBÄUDESEKTOR

Wahlprüfstein 4

WIRKSAMERE AUSGESTALTUNG IST UNUMGÄNGLICH

Die Repräsentanz setzt sich für eine schnelle wirksamere Ausgestaltung des CO₂-Preises ein. In seiner jetzigen Form ist er weder geeignet, um die tatsächlichen Kosten der fossilen Energieträger abzubilden, noch um die Amortisation der energetischen Sanierung nennenswert zu verkürzen. Dies kann z. B. durch einen schnelleren Einstieg in einen Emissionshandel erfolgen. Für die Verteilung der CO₂-Kosten auf Eigentümer und Mieter soll folgende Regel gelten: Je schlechter der Energiestand eines Gebäudes ist, umso höher sollten Eigentümer an den Kosten der CO₂-Bepreisung beteiligt werden.

Eine zumindest anteilige Rückerstattung an die Bürger*innen ist aus Akzeptanzgründen notwendig. Ein Teil kann auch für die Sicherstellung von Fördermitteln für die energetische Sanierung verwendet werden.

International sollte sich Deutschland möglichst schnell für einen EU-weiten Emissionshandel für den Gebäudesektor einsetzen, getrennt vom jetzigen Emission Trading System (EU-ETS) – parallel jedoch das deutsche Bepreisungsmodell zügig weiterentwickeln.

POSITIONEN DER PARTEIEN

UNION	CDU	SPD	SPD	GRÜNE	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE	DIE LINKE.	FDP	Freie Demokraten FDP
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schnellerer Anstieg des CO₂-Preises (»Aufwuchspfad der CO₂-Bepreisung straffen«) ▪ Schnellstmöglicher Übergang zum europäischen Emissionshandel für Mobilität und Wärme ▪ Kompensation von entstehenden Mehrbelastungen der Bürger durch Stromverbilligung (Abschaffung EEG-Umlage) 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ziel des CO₂-Preises im Gebäudesektor: Lenkung der Investitionen und Motivierung der Vermieter*innen zur Modernisierung. Diese sollen den CO₂-Preis tragen. ▪ Mit dem Ansteigen des CO₂-Preises werden wir für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. ▪ Kompensation durch Abschaffung der EEG-Umlage 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro zum Jahr 2023 sowie weitere Erhöhungen im Konzert mit Förderung und Ordnungsrecht ▪ Verbesserung der Lenkungswirkung des CO₂-Preises im Gebäudesektor durch die finanzielle Einbeziehung der Hauseigentümer*innen ▪ »Energiegeld« = Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO₂-Preis, pro Kopf 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Emissionshandel bietet keinen wirksamen Klimaschutz ▪ Ablehnung des Emissionshandels als Leitinstrument ▪ Reform des Instruments auf EU-Ebene, die zur Anhebung der Klimaschutzziele in Emissionshandelssektoren auf die Paris-Ziele führt und jeden Missbrauch des Instruments ausschließen soll 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schnellstmögliche Ausweitung des EU-ETS auf alle Sektoren, am besten globale Erweiterung ▪ Striktes und jährlich sinkendes CO₂-Limit (Vorgabe der Politik) ▪ Kompensation der Bürger durch Klimadividende 					

BEWERTUNG DER RTG

UNION	CDU	SPD	SPD	GRÜNE	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE	DIE LINKE.	FDP	Freie Demokraten FDP
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wichtigste Punkte sind enthalten, aber nicht ausreichend konkret (Anstieg CO₂-Preis, Übergang von Deutschland auf EU, Verteilung auf Eigentümer/ Mieter). <p>RTG hat dazu eine Anfrage an die Union gestellt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wichtigste Punkte genannt, aber keine klare Position zur weiteren Entwicklung der CO₂-Bepreisung in D/EU <p>RTG hat dazu eine Anfrage an die SPD gestellt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wichtigste Punkte genannt, aber keine klare Perspektive zur Weiterentwicklung des CO₂-Preises, zur Einbeziehung des Gebäudesektors in den EU-ETS und zu einem möglichen Übergang. <p>RTG hat dazu eine Anfrage an Die Grünen gestellt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Relevanz des Instruments wird nur bedingt gesehen. Keine klaren Aussagen zur Weiterentwicklung. <p>RTG hat dazu eine Anfrage an Die Linke gestellt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wesentliche Punkte sind enthalten, aber alleiniger Fokus auf EU-Emissionshandel erscheint problematisch. Verhältnis zu anderen Instrumenten unklar. <p>RTG hat dazu eine Anfrage an die FDP gestellt.</p>					



DIE REPRÄSENTANZ TRANSPARENTE GEBÄUDEHÜLLE RTG

Der Bundesverband Flachglas, der Industrieverband Rollläden Sonnenschutz Automation und der Verband Fenster + Fassade tragen zusammen mit den Unternehmen Somfy, Velux und Warema die Repräsentanz Transparente Gebäudehülle (RTG). Gemeinsam wollen wir optimale Rahmenbedingungen für Gebäude schaffen, in denen wir klimafreundlich, gesund, komfortabel und bezahlbar leben können. Die RTG ist Impulsgeber und Dialogpartner für alle Politikakteure und Stakeholder, die die bau- und energiepolitischen Rahmenbedingungen gestalten.



KONTAKT

Thomas Drinkuth, Leiter der Repräsentanz
Unter den Linden 10 | 10117 Berlin | Telefon: 0160 - 96 228 006
drinkuth@transparente-gebaeudehuelle.de | www.transparente-gebaeudehuelle.de

Stand: August 2021

